

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 51.

59. Jahrgang.
Sonntag, den 2. März

1912.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Ein Reichspetroleummonopol in Sicht? Unter den Steuer- und Abgabenplänen, die im Jahre 1909 gelegentlich der Reichsfinanzreform ausgearbeitet wurden, befand sich auch der Plan eines Reichspetroleummonopols. Man hat diesen Plan von neuem gedrückt und wiederholt aus wirtschaftspolitischen Rücksichten wieder fallen lassen. Nun aber ist, wie die „Neue Preussische Korrespondenz“ wissen will, der Plan abermals aufgenommen worden, und diesmal ist man augenscheinlich in Regierungskreisen entschlossen, den gesetzgeberischen Versuch zu machen, diesen Plan zu verwirklichen.

Italien.

Die Friedensvermittlungen. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus London: Der von Rußland vorgeschlagene Modus einer freundschaftlichen Vermittlung zwischen Italien und der Türkei soll vor allem darin bestehen, Italien zu fragen, unter welchen Bedingungen es Frieden schließen würde, sobald die Souveränität über Tripolis und Cyrenaika unangestastet bleibe. Darauf würden dann die fünf Großmächte geeignete Schritte in Konstantinopel unternehmen. — Daß Italien auf keiner anderen Grundlage zu Friedensbedingungen bereit ist, beweist eine Mailänder Meldung, nach der von offizieller italienischer Seite darauf hingewiesen sei, daß nur die vollständige Anerkennung des nunmehr durch feierlichen Parlamentsbeschluß zum Gesetz erhobenen Annexionsdekrets als Grundlage für die Friedensverhandlungen dienen könne. Davon seien auch die Großmächte überzeugt. — Ob sich auch die Türkei davon wird überzeugen lassen, ist natürlich sehr, sehr fraglich.

Spaltung der italienischen sozialdemokratischen Kammerfraktion. In einer gemeinsamen Sitzung der sozialdemokratischen Kammerfraktion, die erst Donnerstag in den frühen Morgenstunden endigte, erklärte Bissolati mit Rücksicht auf seine abweichende Stellung zum Tripoliskrieg seinen Austritt aus der Fraktion. Die Entscheidung darüber, ob die Einheit der Fraktion noch erhalten werden kann, nachdem sich zwei verschiedene Tendenzen herausgestellt haben, soll auf dem nächsten Parteitag herbeigeführt werden.

England.

Der Kohlenarbeiterstreik unvermeidlich. Die Bemühungen der Regierung, die Bergarbeiter mit den Minenbesitzern auszuöhnen, sind fehlgeschlagen, nichts kann jetzt den nationalen Streik mehr verhindern. Mittwoch nacht waren bereits über 130.000 Mann im Auslande.

Türkei.

Eine neue italienische Flottenaktion? Die Agence Ottomane erhält vom Kriegsministerium folgende Meldung des Kommandanten von Hom: Am 26. Februar gegen 7 Uhr abends kam ein italienischer Kreuzer, begleitet von einem Transportschiff, vor Seltin an und begann den Hafen zu beschießen. Zugleich unternahm die Italiener einen Landungsversuch, der aber am Widerstand unjeres Detachements und der Freiwilligen scheiterte. Die italienischen Schiffe hoben die Abfahrt auf und liegen noch vor dem Hafen.

Amerika.

Die amerikanische Flaggenhissung auf Palmyra. Das auswärtige Amt in Washington hat den Vertretern englischer Blätter erklärt, daß es die amerikanische Souveränität über die Insel Palmyra, als der Gruppe von Hawaii angehörig, behaupten werde.

China.

Juanshilai reist in ungefähr 14 Tagen nach der Bildung des Kabinetts und nach der Ernennung Tangschaojis zum Premierminister nach Peking ab. Letzterer soll während der Abwesenheit des Präsidenten im Amte bleiben.

Vertliche und sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 1. März. Das Fest der goldenen Hochzeit begehen am morgigen Sonntag der Formenstecher Herr Gustav Wilhelm Bauer und Gemahlin im Kreise von 10 Kindern, Enkeln und Uren-

keln. Erwähnt sei dabei, daß der Jubilar nunmehr 54 Jahre Tag für Tag seiner Beschäftigung in Schönheide nachgeht und im 50. Jahre bei der Firma Dyckab & Co. dort beschäftigt ist.

Eibenstock, 1. März. Frühlingsboten, wenn auch im allgemeinen unangenehme, zeigen sich in starker Anzahl, bieten aber den glücklichen Fängern einen kleinen Nebenverdienst. Die Kreuzotter ist es, die sich, durch das milde Wetter angelodt, zahlreich zeigt. So sind am gestrigen Tage allein 10 Kreuzottern im hiesigen Rathaus abgetötet worden.

Eibenstock, 1. März. Die bei dem Gau-Zwöckfampf hier errungenen Siegerurkunden werden am nächsten Sonntag gelegentlich des in Aue stattfindenden Gantages zur Verteilung gelangen.

Dresden, 29. Februar. Die sächsischen Konservativen verlangten gestern in der Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer die Formulierung der Bestimmungen über die neue Arbeiterkutschvorlage. Die sächsische Regierung sollte die Reichsregierung ersuchen, schärfere Bestimmungen gegen das Streikpostenwesen, die Störung der Freiheit des Staatsbürgers und die Aufforderung zum Boykott von Waren durch die Presse, Maueranschläge oder Flugblätter zu erlassen. Die Gewerkschaften sollen mit ihrem Vermögen für den durch ihre Beschlüsse hervorgerufenen Schaden haftbar gemacht werden.

Dresden, 29. Februar. Das Oberkriegsgericht verurteilte heute den Leutnant Hans Friedrich Troll wegen Beleidigung in 23 Fällen und vorwärtswidriger Behandlung in 7 Fällen zu 6 Wochen Stubenarrest. Beweisaufnahme und Urteilsbegründung erfolgten in geheimer Sitzung.

Leipzig, 29. Februar. In vergangener Nacht statteten Goldschrank und der Zuckerraffinerie Schenkeröder u. Gottfried in der Blücherstraße einen Besuch ab. Sie sprengten die zu dem Kontor führende Eisentür, öffneten den Geldschrank mit Nachschlüssel und raubten daraus eine größere darin aufbewahrte Summe Bargelds. Die Polizei vermutet, daß es sich um eine Berliner Goldschrankknacker-Bande handelt.

Leipzig, 29. Februar. In der vergangenen Nacht zogen etwa 2-300 Barbier- und Friseurgehilfen nach einer vorangegangenen Versammlung vor die Wohnung des Innungs-Obermeisters Klemm in der Baurischen Straße und veranstalteten dort eine Demonstration wegen Ablehnung der Sonntagsruhe. Die jubelnde Menge wurde durch ein größeres Schußmannaufgebot zerstreut.

Schöpsau, 28. Februar. Gestern vormittag gegen 1/11 Uhr brach im Erdgeschoß der Spinnerei Felix Frank, der früheren Lehmühle, ein Feuer aus, das aber im Entstehen bemerkt wurde und bald gelöscht werden konnte.

Rodewisch, 29. Februar. Auf dem Rittergute Oberbörsch wurden aus einem Felmen ein Quantum Kartoffeln gestohlen. Von dem Dieb fehlt jede Spur.

Die Tapezierer von Auerbach, Falkenstein, Plauen, Zwickau, Grimmitzschau und Greiz sind in eine Tarifbewegung eingetreten. Die Unternehmer erhielten ein Rundschreiben ohne Unterschrift, in dem die Forderungen der Arbeiter dargelegt werden.

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 29. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Desbrück. Auf der Tagesordnung steht der Etat des Reichsamts des Innern. (2. Tag). Als Erster bestieg der in letzter Zeit so viel angegriffene nationalliberale Führer Bassermann die Redebühne, nachdem er bei der ersten Etatslesung das Wort an Herrn Paasche abgetreten hatte. Er erging sich zunächst in einer Polemik gegen die Sozialdemokraten, in der er betonte, daß unsere Sozialpolitik an erster Stelle stehe. Von einer Ausnahme-gesetzgebung gegenüber den Sozialdemokraten will Redner nichts wissen. Im übrigen zog er sehr scharf die Grenzlinien nach links und betonte, daß seine Partei nicht daran denke, nach links abzumarschieren, und daß sie an der Schutzpolitik festhalte. Im übrigen fordert er Wahrung des Koalitionsrechts der Arbeiter und eine, wenn auch nicht schematische, Abänderung der Wahlkreisverteilung. Gegen die äußerste Linke polemisiert auch der Fortschrittler Dormann, der gleichfalls verschiedene Wünsche auf sozialpolitischem Gebiete vorbringt, insbesondere eine Herabsetzung der Altersgren-

ze auf 65 Jahre. Staatssekretär Desbrück wandte sich jedoch gegen eine von Bassermann gewünschte Lesung des Reichsamts des Innern. Dann legte sich der Staatssekretär im einzelnen darauf, was auf sozialpolitischem Gebiete in den letzten Jahren erreicht sei, indem er Punkt für Punkt durchging, um die sozialdemokratische Behauptung, daß sie die Sozialpolitik gemacht hätten, zurückzuweisen. Ueberhaupt war der heutige Tag vorwiegend der Polemik gegen die Sozialdemokratie gewidmet, denn auch der Reichsparteitag von Dam hieb zunächst in dieselbe Kerbe, wobei es nicht an scharfen Zusammenstößen mit der äußersten Linke fehlte, denn der alte Herr ist immer noch recht temperamentvoll. Nachdem dann noch der Zentrumssekretär Will die bekannten Vorkommnisse in der reichsländischen Volksvertretung verhandelt hatte zu rechtfertigen, vertagte man die Debatte auf morgen.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 29. Februar. 1. Kammer. Zunächst werden Titel 10 des Kapitels 59a, Kapitel 16, Titel 23, Kapitel 16, Titel 29 und Titel 31 von Kapitel 16 des ordentlichen Etats für 1912/13 ohne Debatte nach der Vorlage erledigt. Bei Titel 32 des außerordentlichen Etats, welches gemeinsam mit dem übr. Defret, betr. die Fortsetzung der Schmalzpurbahn Hedersdorf-Appendorf bis Groß-Waltersdorf zur Schlußberatung zieht, werden die angeforderten 282.000 Mark nach der Vorlage bewilligt. Es folgt die Schlußberatung über den Gesetzentwurf, betr. die Abänderung des Gesetzes über die Gymnasien, Real Schulen und Seminare vom 22. August 1876. Die Deputation beantragt die Annahme des Entwurfes mit einigen Abänderungen. Den Bericht erstattet Oberbürgermeister Dr. Sturm. Hierauf begründet Staatsminister Dr. Beck die Stellungnahme der Regierung zu dem Gesetzentwurf. Bei dem Wettbewerb der Völker untereinander sei Sachsen bisher der Ruhm gewesen, die besten Schulen zu haben. Auf allen Gebieten des Lebens sei das sächsische Volk insofern in der Lage gewesen, seinen Platz zu behaupten. Wenn der Gesetzentwurf in Kraft trete, so werde ein wichtiger Schritt weiter auf dem Gebiete des Seminarwesens geschehen. Der Minister entwarf die Grundzüge, die für die Weiterbildung der Seminaristen in Betracht kämen und erwähnte dabei besonders die Einführung einer lebenden Fremdsprache, Handfertigkeitsunterricht, Staats- und Bürgerkunde. Vor allem in letzterer Richtung werde das neue Gesetz sehr segensreich erwirken. Die Regierung werde es jederzeit für ihre Pflicht erachten, die Erziehung der Seminaristen in streng vaterländischem und religiösem Sinne zu überwachen. Der Minister schloß mit dem Wunsch, daß die Beziehungen zwischen Elternhaus und Schule für die Zukunft sich immer gestalten möchten, als bisher. Geheimrat Dr. Mehnert betonte, daß die Ausbildung der Volksschullehrer den Kernpunkt der Jugendberziehung bilde. Es sei jedoch unbedingt eine erhöhte Pflege der vaterländischen Geschichte und der Heimatkunde in den Schulen erforderlich. Der von der Regierung vorgelagte Volksschulgesetzentwurf bilde das äußerste, auf das sich die 1. Kammer einlassen könne. Staatsminister Dr. Beck entgegnete dem Vorredner sehr erregt, und verteidigt die Zweckmäßigkeit und Handhabung des bestehenden Seminar-Lehrplans. Selbstverständlich müsse Vaterlandsliebe und Religion gepflegt werden, doch die Volksschullehrer seien nicht allein dazu da, in der Volksschule zu unterrichten, sondern auch in mittleren und höheren, Fortbildungsschulen usw., ja sie könnten sogar studieren, wenn sie die nötigen Zeugnisse hätten. Deshalb sei beispielsweise ein Aufsatzthema, wie „die Verkehrsverhältnisse Amerikas“ und dergleichen durchaus angebracht. Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen. Nach Erledigung einiger Petitionen vertagte sich das Haus. Nächste Sitzung morgen vormittag 1/12 Uhr. Eisenbahnpetitionen.

Dresden, 29. Februar. 2. Kammer. Die 2. Kammer verhandelte heute zunächst über die Interpellation Hettner (natl.) und Genossen: Was gedenkt die Königl. Staatsregierung zu tun, um der seit langem von ihr selbst und den Ständekammern als berechtigt anerkannten Forderung auf eine den gegenwärtigen Verhältnissen im Lande entsprechende Aenderung in der Zusammensetzung der 1. Ständekammer ge-